

Gemeinsame Pressemitteilung der Deutschen Umwelthilfe, der Deutschen Wildtier Stiftung, des NABU Mecklenburg-Vorpommern, des Vereins Rewilding Oder Delta sowie des WWF Deutschland

Zaun zum Schutz vor der Afrikanischen Schweinepest: Allianz aus Naturschutzorganisationen fordert Runden Tisch in Mecklenburg-Vorpommern

Hamburg, Berlin, Schwerin (19. Mai 2022)

Ob Rehe, Hirsche oder auch Wölfe, für viele Wildtiere können die Zäune zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) an der Grenze zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Polen ein massives und teils tödliches Hindernis sein. Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus will daran bisher wenig ändern. Deshalb hat ein Bündnis aus Naturschutzorganisationen nun einen Runden Tisch zum Thema Schweinezaun gefordert. Es müsse dringend darüber gesprochen werden, wie die Beeinträchtigungen von Arten und Lebensräumen durch den Zaun verringert werden können, so die Organisationen. Das Bündnis sieht sich als Anwalt der Wildtiere und kritisiert die Intransparenz des Ministeriums. Denn bevor Kritikpunkte zum ersten Zaun ausgeräumt werden konnten, hat das Ministerium bereits eine zweite Zaunreihe entlang der polnischen Grenze bauen lassen. Gezeichnet haben den Brief die Deutsche Umwelthilfe, die Deutsche Wildtier Stiftung, das grenzübergreifende Projekt łośBonasus – Crossing!, der NABU Mecklenburg-Vorpommern, der Verein Rewilding Oder Delta sowie der WWF Deutschland.

Zweifelhaft ist auch, ob der Zaun überhaupt rechtmäßig gebaut wurde, da nötige Verfahrensschritte nicht eingehalten wurden. Eine FFH-Verträglichkeitsprüfung hat das Ministerium beispielsweise bisher nicht vorgelegt. Ein vom WWF beauftragtes Rechtsgutachten urteilt deswegen, dass der Zaun rechtswidrig gebaut und Mitwirkungsrechte der anerkannten Umweltvereinigungen verletzt wurden.

Ein Monitoring der Auswirkungen des ASP-Zaunes auf die heimischen Wildtiere und Lebensräume halten die Naturschutzorganisationen für dringend notwendig – insbesondere mit Blick auf die Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie gegenüber besonders wertvollen Arten und Lebensräumen. Sie bieten an, an der Konzeption eines solchen Monitorings mitzuwirken.

Die Umweltorganisationen empfehlen Herrn Minister Backhaus den Blick nach Brandenburg. Dort hat ein konstruktiver Austausch zwischen Landesregierung und Vertretern aus Wissenschaft und Naturschutz bereits begonnen: Ein Monitoring entlang des Zauns wurde diskutiert, um zweckmäßige Lösungen sowohl für Nutztierhaltende als auch für Natur- und Artenschutz zu erarbeiten. Beide Seiten bestätigten zudem die Notwendigkeit von Verträglichkeitsprüfungen. Die unterzeichnenden Naturschutzverbände und -stiftungen bitten Minister Backhaus in ihrem Schreiben, sie zu einem Runden Tisch zu laden, um auch in Mecklenburg-Vorpommern zu einer wissenschaftlich basierten, sinnvollen Lösung zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest bei gleichzeitig bestmöglicher Minimierung negativer Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu gelangen.